

Editorial

Die Revolutionen von 1989 haben die einstmaligen Ohnmächtigen an die Macht gebracht. Damit stellte sich sogleich das Problem, wie die neu erworbene Macht, sei sie nun erobert oder zugefallen, in neue, demokratische politische Formen zu übersetzen war. Heute, im dritten Jahr nach den Umbrüchen, kann von einer Lösung des Problems nicht die Rede sein – die Revolutionen sind unvollendet.

Aus welchen Quellen kann die neue politische Kultur im Osten Europas schöpfen? Da ist zunächst die Tradition des Widerstands: Aber ist dies nicht eine Tradition der Absage an die Politik als solche im Namen einer antipolitischen Bürgergesellschaft? Man kann weiter zurückgreifen auf die politischen Traditionen der Vorkriegszeit: Doch lassen sie sich überhaupt noch in die radikal veränderte Welt von heute übertragen? Dann der Westen: Ist aber nicht auch hier das politische Koordinatensystem aus den Fugen geraten, sind nicht die klassischen Unterscheidungen wie links – rechts, progressiv – konservativ zweifelhaft geworden? Schließlich Verfassungen, die den politischen Raum neu entwerfen: Doch scheinen die Protagonisten der Runden Tische inzwischen müde geworden.

Das erste Resultat dieser Unsicherheiten ist die tiefe Krise der bestehenden politischen Strukturen («Krise» in der ursprünglichen Bedeutung des Begriffes: Gefahr des Scheiterns *und* Chance eines Neuanfangs). In Polen sind alle staatstragenden Institutionen ins Wanken geraten: Das Amt des Präsidenten, von einem Mythos bekleidet, verliert mit jedem Tag an Autorität und Respekt und damit auch an Gestaltungskraft; ähnliches gilt für das Parlament und die politischen Parteien. In der Tschechoslowakei ist die föderale Struktur als solche in Auflösung. Auch im politisch stabilsten Staat der Region, in Ungarn, geraten die politischen Institutionen – Regierung und Parlament, der Präsident, das Verfassungsgericht – in wachsende Spannung zueinander. Ob es der ehemaligen DDR gelungen ist, diese Krise durch die Übernahme des westdeutschen politischen Systems zu vermeiden?

Im letzten Heft über »Die Mühen der Ebene« haben wir versucht, eine Bestandsaufnahme vor allem der sozialen und ökonomischen Aspekte des Umbruchs in Ostmitteleuropa zu machen. Das vorliegende Heft kreist um die Frage, welche Folgen er für die politische Kultur und für das politische Denken – in Ost und West – hat. Und umgekehrt: inwieweit die Probleme des Übergangs nicht in sozialen und ökonomischen Fragen aufgehen, sondern wesentlich mit der Ebene der politischen Kultur zusammenhängen, die ihren eigenen Gesetzen folgt.

Politische Kultur bezeichnet *auch* jenes Mehr, das die politischen Institutionen allererst lebendig macht, mit Geist erfüllt, das aber selbst nicht restlos institutionalisierbar ist und das man nicht ohne weiteres *konstruieren* kann: Es ist das »subjektive« Moment von Politik, bestimmbar etwa als eine Reihe von Bürgertugenden oder, wertfrei, als je nach Gesellschaft verschieden zusammengesetztes Bündel von Meinungen, Einstellungen und Werten. Darüber hinaus gehört zur politischen Kultur wohl auch das Denken des Politischen: der politische Diskurs und die politische Diskussion. In Ostmitteleuropa gilt es, diese Dimension der Politik aus dem Impetus der Revolution ins Alltägliche zu übertragen – oder sie allererst zu schaffen bzw. wiederzubeleben. In den westlichen Demokratien geht es womöglich darum, sie zu erhalten.

Einige Probleme, die in den Beiträgen diskutiert werden, seien hier angedeutet.

Neue Verfassungen, die die Errungenschaften der Revolution festschreiben, stehen immer noch aus. Sie zu schaffen, hat vielleicht sogar Priorität vor der Lösung der ökonomischen und sozialen Probleme. Dabei stellt sich die Frage, ob es heute noch möglich ist, daran anzuknüpfen, daß gerade die »sanften« Revolutionen von 1989 insofern ein Erfolg waren, als sie an den Runden Tischen eine Art vorkonstitutionellen Konsens geschaffen haben, also ihren Sieg schon nicht mehr auf der Straße feierten. Zugleich stellte die Form des Runden Tisches einen Übergang von der Situation des Widerstands (die vielleicht den Bürgersinn schärfte, aber nicht gerade eine Schule der Demokratie war) und von der Logik der Disidenz zur klassischen, »normalen« Politik dar: Aus dem Verbrechen des Verrats wurde die Tugend des Kompromisses, aus dem Feind ein Gegner.

Wenn Revolutionen niemals einen völligen Bruch mit der Vergangenheit darstellen, um wieviel weniger dann die »sanften« von 1989. Sie verliefen fast überall gewaltlos. Das heißt eben auch, daß sie einen Teil der Machtstrukturen der Anciens Régimes intakt gelassen haben. Der erste polnische demokratische Ministerpräsident, Tadeusz Mazowiecki, wollte mit einem »Schlußstrich« die Vergangenheit beenden und die Zukunft beginnen lassen. Doch die Vergangenheit lebt noch und macht keine

Anstalten zu gehen. Wie kann im Umgang mit ihr ein gerechter Weg gefunden werden, der nicht nur Verbrechen bestraft, sondern auch jenen Gerechtigkeit widerfahren läßt, denen strafrechtlich nicht meßbares Unrecht geschah?

Sind die Ideen und Doktrinen, die man mit dem alten Links-Rechts-Schema verbindet, für die postkommunistischen Gesellschaften und ihre Probleme noch relevant? Wenn sie dort auftauchen, so wohl auch deshalb, weil westliche Politiker einen gewissen ideologischen Druck auf die ostmitteleuropäischen Parteien ausüben, »Farbe zu bekennen« – als Voraussetzung dafür, sie adoptieren zu können. Und im Westen? Dort ist die traditionelle Linke in fast allen Ländern immer noch eine starke politische Kraft. De facto hat sie längst die radikalen Positionen von einst geräumt; eine ihrem sukzessiven Rückzug entsprechende kritische Überprüfung des ideologischen Marschgepäcks hat sie jedoch immer wieder aufgeschoben. Erst die Ereignisse von 1989 scheinen wie ein Schock gewirkt und eine Bestandsaufnahme in Gang gesetzt zu haben. Und was heißt »konservativ« heute im postkommunistischen Kontext? Die in den Augen westlicher Konservativer auf den ersten Blick erfreuliche Renaissance konservativer Parteien und Denkweisen kann sich bei näherem Hinsehen als zumindest zwiespältig, wenn nicht kompromittierend erweisen.

Die Menschen im nun glücklicherweise ehemaligen Osteuropa stehen heute vor der Aufgabe, ihren moralisch motivierten Zorn, ihren Widerstand gegen das Unrecht in die Wirklichkeit eines von ihnen selbst neu aufzubauenden politischen Systems zu übersetzen. Sie müssen jetzt für sich selbst die Fragen entscheiden, die dem westlichen Verständnis von Politik zugrundeliegen: die Fragen nach der Wahrnehmung von Verantwortung und nach der Verwirklichung von Gerechtigkeit. Fragen, mit denen sich heute auch das politische System im Westen plagen muß, das auf seine Weise in eine Krise geraten ist.

Wir versuchen, eine gewisse Kontinuität zwischen den Heften zu schaffen. So wird die Reihe der Gespräche mit »Politikern und Denkern des Übergangs« in diesem Heft mit einem Gedankenaustausch zwischen Adam Michnik und Václav Havel fortgesetzt. Nach den drei deutschen Beiträgen zur Abtreibungsdebatte in Heft 3 stellt nun János Kis die Problematik aus der ungarischen Perspektive dar; seine Analyse gibt auch ein Bild des politischen Klimas in seinem Lande und ist zugleich ein Zeugnis politischer Diskussionskultur. In Heft 2 haben wir einen Essay des tschechischen Philosophen Jan Patočka abgedruckt, in dem er über die europäische Bestimmung der tschechischen Geschichte reflektiert. Jacques Derrida nimmt in seinem vorliegenden Beitrag Patočkas »ketzerische«

Geschichtsphilosophie auf und geht der Genealogie ihres Schlüsselbegriffs – der Verantwortung – nach.

Zum Schluß einige Bemerkungen zur russischen Prosa in diesem Heft. Angesichts dessen, was heute in der ehemaligen Sowjetunion geschieht, erscheint jegliche Theorie hoffnungslos überfordert und selbst der Verlegenheitsausdruck »postkommunistisch« noch überscharf. Vielleicht findet eher die Literatur einen Zugang zu der aberwitzigen Logik des Zerfalls, dessen Zeugen wir sind. Die drei russischen Texte in diesem Heft sind am Vorabend des Untergangs des Imperiums entstanden und können als Interpretationsversuche einer längst aufgegebenen Ordnung gelesen werden. Jeder Autor hat seinen Kunstgriff:

Viktor Santschuk springt weit zurück in die Vergangenheit und beschwört die verdrängte, doch stets anwesende bedrohliche andere Seite der Zivilisation. Viktor Pelewins Held wird zum Entdecker und Opfer von grotesken metaphysischen Zusammenhängen, die er womöglich selbst erfindet. In den Dingen eines unerträglich grauen Alltags kündigt sich ihm das Walten eines höheren Prinzips an, dessen Dechiffrierung ihm fast gelingt. Mit einem Sprung des Helden, der eine ungeheure Offenbarung und zugleich dessen Ende markiert, hört die Geschichte auf. Alexander Kabakow schließlich richtet den Blick in die Zukunft, auf Ereignisse, die japanische Historiker in hundert Jahren als »Die Katastrophe in Rußland und den Untergang Europas« untersuchen werden.

Die drei Texte umkreisen das Ende des »unbekannten Zeitalters« (Pawstowski), dessen Beginn im Zeichen der Utopie und des Aufbruchs stand und von dem nun, am Fin de Siècle, nur apokalyptische Erwartung und die Erfahrung der Entropie geblieben scheinen. Doch sind diese Geschichten nur die eine Seite der Arbeit der Autoren: Kabakow und Santschuk schreiben beide schon lange Zeit für unabhängige Zeitungen in Moskau und zählen sich, ebenso wie Pelewin, zur russischen Demokratischen Bewegung.

Wien im Juli 1992